



Petra Merkel, MdB

Newsletter *** Newsletter *** Newsletter

Ausgabe: 07/2007

Vom Bundesparteitag

Ich war am Wochenende in Hamburg auf dem Bundesparteitag – und was ist nun alles berichtet worden und in der Presse zu lesen: Linksruck oder nicht? Beck oder Müntefering? Eins steht fest: die SPD ist geschlossen aus diesem Parteitag hervorgegangen, mit einem starken Parteivorsitzenden Kurt Beck, mit einem starken Vizekanzler Franz Müntefering – und alle Skandale blieben aus!

GRUNDSATZPROGRAMM

Die SPD ihr neues Grundsatzprogramm verabschiedet. Die Delegierten des Bundesparteitags in Hamburg billigten das "Hamburger Programm" mit nur zwei Gegenstimmen. In dem Text wird als Ziel mehrfach auch der Begriff des "demokratischen Sozialismus" genannt. Parteichef Kurt Beck betonte, der Begriff sei "ganz bewusst" aufgenommen worden.



DAS HAMBURGER PROGRAMM

Das Hamburger Programm der SPD ist das erste und einzige Programm einer deutschen Partei, das eine politische Antwort auf die Globalisierung entwirft. Die SPD ist die erste und einzige Partei in Deutschland und Europa, die auf der Grundsatzebene eine politische



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Antwort auf die Globalisierung entwickelt hat. Das Programm ist damit modern und zukunftstauglich. Bevor die Grundzüge des Programms dargestellt werden, möchte ich auf einige mir wichtige Entscheidungen des Parteitages eingehen:

Gerne schicke ich Ihnen das Hamburger Programm zu. Melden Sie sich bitte bei mir.

DIE GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

Gerne möchte ich hier einen Teil des Grundsatzprogramms zitieren – den Punkt „Gleichstellung der Geschlechter“. Besonders wichtig ist mir dabei, dass der Parteitag auch die Initiative der ASF, der Jusos und vieler anderer – so auch des Kreises Charlottenburg-Wilmersdorf – unterstützt hat, in das neue Programm folgenden Satz aufzunehmen: „Wenn wir gleiche Teilhabe für Frauen und Männer verwirklichen wollen, müssen wir alle Lebensbereiche umgestalten: Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“

Der Parteitag hat so bei der Gleichstellung der Geschlechter „Butter bei die Fische“ getan. Allerdings ist auch klar: Im nächsten Programm muss wieder die Frage Frauen und Familienpolitik in eigenen Kapitel behandelt werden und nicht gemeinsam.

Den gesamten Wortlaut finden Sie hier:

Die Gleichstellung der Geschlechter

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass Frauen und Männer gleiche Rechte und Chancen haben – nicht nur auf dem Papier, sondern im täglichen Leben. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleich, frei und solidarisch miteinander leben können. Wir wollen, dass Frauen und Männer ihren Weg – gemeinsam oder getrennt, mit und ohne Familie – selbst bestimmt wählen können. Die SPD und die Frauenbewegung, beide aus der Freiheitsbewegung des 19. Jahrhunderts kommend, verbindet die Idee der Gleichstellung von Frau und Mann. Viele Rechte für Frauen wurden von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erstritten: das Frauenwahlrecht, gleiche Rechte in Ehe und Familie und gleicher Zugang zu Bildung.

Frauen sind heute selbstbewusst und wollen ihr Leben nach ihren Vorstellungen gestalten. Das Verhältnis zwischen Männern und Frauen wandelt sich. Immer mehr Frauen und Männer wollen Beruf und Familienaufgaben partnerschaftlich teilen. Rechtliche Gleichstellung ist noch keine tatsächliche Gleichstellung. Deshalb brauchen wir eine aktive Frauenförderung genauso wie das Gender Mainstreaming, das jede politische Entscheidung auf ihre Auswirkungen auf das Leben von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen überprüft und wo nötig verändert.

Inbesondere in der Berufs- und Arbeitswelt bestehen alte Ungleichheiten fort. Die Schlüsselpositionen in Wirtschaft und Gesellschaft werden ganz überwiegend von Männern



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

besetzt. Frauen erhalten vielfach weniger Lohn als gleich qualifizierte Männer. Die Ansprüche an Flexibilität und Verfügbarkeit in der Arbeitswelt lassen sich nur schwer vereinbaren mit Familie und Kindern. Gerade für Frauen addieren sich berufliche und familiäre Belastungen im Alltag. Eine partnerschaftliche Teilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern ist noch nicht die Regel. Ein Großteil der Familienarbeit wird auch heute noch von den Frauen geleistet, oft zusätzlich zu ihrer Erwerbsarbeit, was eine tatsächliche Gleichstellung im Berufsleben erschwert. Allzu oft sind Frauen vor die Alternative gestellt: Verzicht auf Kinder oder Verzicht auf Beruf.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie soll mit einem flächendeckenden und bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungseinrichtungen für Kinder sowie durch die Absicherung von Erziehungsphasen verbessert werden. In verschiedenen Lebensphasen sind Frauen und Männer unterschiedlich gefordert: Ob berufliches Fortkommen, Erziehung von Kindern, Pflege von Angehörigen oder Qualifizierung, politisches oder bürgerschaftliches Engagement – sie müssen dafür Zeit haben. Wir wollen die Arbeitswelt durch flexible Arbeitszeiten so gestalten, dass Beruf und Privatleben in eine Balance zu bringen sind. Wir wollen mehr Zeitsouveränität für Frauen und Männer. Das ermöglicht überhaupt erst Wahlfreiheit.

Wir wollen eine gleichberechtigte und gerechte Teilhabe von Frauen und Männern an existenzsichernder Erwerbsarbeit. Arbeit, die überwiegend von Frauen gemacht wird, ist oftmals schlechter bezahlt. Für gleichwertige Arbeit muss aber gleicher Lohn gezahlt werden. Wir wollen die Trennung in typische Frauen- und Männerberufe überwinden. Erforderlich sind gesetzliche Maßnahmen für die gleiche Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in Unternehmen, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung sowie Aufsichtsgremien.

Wir wollen das Steuerrecht so umgestalten, dass es für Frauen keine Hürde darstellt, erwerbstätig zu werden, und ihrer beruflichen Emanzipation nicht im Wege steht. Wenn wir gleiche Teilhabe für Frauen und Männer verwirklichen wollen, müssen wir alle Lebensbereiche umgestalten: Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden."

BAHN-PRIVATISIERUNG – DIE PARTEI REDET MIT!

Eine spannende Diskussion mit einem guten Ergebnis: SPD beschließt Volksaktien für Teilprivatisierung der Bahn



Die SPD will einen Einfluss von Finanzinvestoren auf die Unternehmenspolitik der Deutschen Bahn verhindern. Deshalb hat der Parteitag beschlossen, dass eine Teilprivatisierung der Bahn über „stimmrechtslose Vorzugsaktien“ erfolgen soll. Gebilligt wurde das Modell des SPD-Vorstands, das die Grundlage



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

für Verhandlungen mit der Union sein soll.

Sollte das Modell der stimmrechtslosen Vorzugsaktien nicht durchgesetzt werden können, soll der Parteivorstand nach Beteiligung des Parteirates, der SPD-Landes- und Bezirksvorsitzenden sowie die zuständigen sozialdemokratischen Verkehrs- und Wirtschafts- und Finanzpolitiker aus Bund und Land mögliche Lösungen beurteilen und dem nächsten Parteitag zur Entscheidung vorlegen.

In den wesentlichen Punkten des beschlossenen Antrags heißt es:

1. Der Bund muss mittels der Deutschen Bahn AG auch in Zukunft einen Beitrag zur Daseinsvorsorge leisten. Eine zentrale Aufgabe ist dabei die Erreichbarkeit und Mobilität in der Fläche. Damit wird nicht nur dem grundgesetzlichen Auftrag Rechnung getragen, sondern auch dem politischen Willen der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Bund und in den Ländern.
2. Es darf keine Zerschlagung der Bahn geben. Wir erhalten den integrierten Konzern Deutsche Bahn AG und damit auch den konzerninternen Arbeitsmarkt. Die 230.000 bei der Bahn beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können sich auf die SPD verlassen.
3. Die jetzt erforderlichen Investitionen erfordern eine Erhöhung der Kapitalausstattung der Bahn. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass der Bund in der Wahrnehmung seiner Eigentumsrechte nicht eingeschränkt ist. Private Investoren dürfen deshalb keinen Einfluss auf die Unternehmenspolitik ausüben. Zur Erreichung dieses Ziels soll eine stimmrechtslose Vorzugsaktie eingeführt werden. Die Ausgabe erfolgt von zunächst mindestens 25,1 Prozent in Form von stimmrechtslosen Vorzugsaktien. Über die weitere Beteiligung privater Investoren entscheidet der Gesetzgeber nach einer Evaluierung.

TEMPO 130 AUF AUTOBAHNEN

Der Parteitag hat ein Tempolimit von 130 Stundenkilometern auf deutschen Straßen beschlossen. Gegen die ausdrückliche Empfehlung von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel und der Antragskommission wurde der Antrag mehrheitlich verabschiedet. Darin heißt es: "Ein schneller und unbürokratischer Weg zum Klimaschutz ist die Einführung einer allgemeinen Geschwindigkeitsbegrenzung von 130 km/h." Die SPD schloss sich mit dem Beschluss auch Forderungen von Umweltverbänden an.

Wir sind das einzige Land in Mitten von Europa, in dem die Begrenzung der Geschwindigkeit auf Autobahnen nicht geregelt ist. Ich bin der Meinung, dies muss in Europa einheitlich geregelt sein und wir müssen uns dem europäischen Tempo anpassen. Ich will nicht, dass jemand hier den Gasfuß ausleben kann und die „unbegrenzte und unbekannte Freiheit“ erleben kann und die Kosten hierfür die deutschen Steuerzahler



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

tragen müssen.



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

KINDERGELD

Der Parteitag hat dem Antrag zugestimmt, das Höchstalter für den Bezug von Kindergeld beim 27 Lebensjahr zu lassen und nicht auf 25 abzusenken. Hier setzte sich der Parteitag gegen das Votum der Antragskommission durch. Nicht vergessen werden darf dabei, dass dies neben dem Bezug des Kindergeldes selber auch bedeutet, dass die Kinder zwei Jahre länger u.a. ihren Versichertenstatus (z.B. Krankenversicherung) behalten.

LEITANTRAG KULTUR

Kultur ist ein zentrales Politikfeld der deutschen Sozialdemokratie – dies ist die Quintessenz des Leitantrages "Kultur ist unsere Zukunft", der einstimmig vom Parteitag verabschiedet wurde.

Eingebracht wurde der Leitantrag von Wolfgang Thierse für den SPD-Parteivorstand.

"Kultur ist unsere Zukunft", diese These, so Thierse, gelte in mehrfacher Hinsicht. Erstens sei sozialdemokratische Kulturpolitik immer der Eigenständigkeit der Kultur verpflichtet. Die freie, eigenständige Kultur sei wichtige Basis für die Demokratie. Zum zweiten nannte Wolfgang Thierse die besondere Bedeutung der Erinnerungskultur. Diese müsse sich auf das widersprüchliche Ganze deutscher und europäischer Geschichte beziehen, und sie dürfe die Unterschiede zwischen Ursache und Wirkung zwischen Tätern und Opfern nicht verwischen. Drittens sei es eine zentrale Aufgabe des Staates, künstlerische Existenzen zu sichern. Die SPD betrachte Kulturpolitik nicht als Subvention, sondern als Investition in die Zukunft der Gesellschaft.

Wolfgang Thierse betonte, dass das, was früher als "Kultur für alle" war, heute als "kulturelle Teilhabe" angestrebt werde, die noch nicht erreicht sei. Nur eine Hälfte aller Menschen in Deutschland, so Thierse, habe Zugang zu Kultur, die andere Hälfte noch nicht. Hier liege seiner Ansicht nach eine wichtige Aufgabe, denn "soziale Exklusion und kulturelle Exklusion bedingen einander". Kulturpolitik könne keine Sozialpolitik ersetzen, aber Sozialpolitik brauche die kulturelle Dimension.

Als letzten Punkt beschrieb Wolfgang Thierse die wichtige Bedeutung der auswärtigen Kulturpolitik für eine friedliche Globalisierung. Die SPD setze dem "Kampf der Kulturen" eine "Kultur der Anerkennung" entgegen.

Der stellvertretende Parteivorsitzende Peer Steinbrück, Co-Autor des kulturpolitischen Leitantrags, verwies in seinem Beitrag auf die wachsende Bedeutung der Kreativwirtschaft – von der Filmwirtschaft bis zum Web-Design. In diesem Bereich gebe es hohe Wachstumschancen, ein großes Arbeitsplatzpotenzial und gute Aufstiegschancen für Neueinsteiger. Daneben dürfe man aber auch nicht die Probleme übersehen. In der Kreativwirtschaft seien unsichere und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse weit verbreitet.



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Der Urheberschutz werde zum wirtschaftlichen Schaden der Kreativen häufig verletzt. Steinbrück forderte die SPD auf, sich der Kreativwirtschaft anzunehmen: "Bei uns waren immer die Kreativen, die Schriftsteller, die Musiker, die Künstler. Lasst uns alles dafür tun, das dies auch in Zukunft so bleibt."

Auch im Bund sind wir tätig und haben letzte Woche Anträge zur Stärkung der Kulturwirtschaft und populäre Musik eingebracht – näheres hierzu finden Sie weiter hinten im Newsletter.

AFGHANISTAN

SPD BEKRÄFTIGT – AFGHANISTANS EIGENVERANTWORTUNG STÄRKEN

Das deutsche Engagement für und in Afghanistan soll nach dem Willen der SPD fortgesetzt werden. Zugleich appellierte der SPD-Parteitag am Sonnabend in Hamburg an die Bundesregierung, gemeinsam mit der afghanischen Regierung und den internationalen Partnern über eine Fortsetzung des eingeleiteten Strategiewechsels zu beraten. Darüber hinaus charakterisiert sich die SPD als "die Partei in Deutschland, die eine ausgewogene und ehrliche Afghanistan-Debatte führt und dabei Erfolge bilanziert und Defizite offen benennt".

Nachdrücklich bekennt sich die "zur internationalen Solidarität und zur gewachsenen Verantwortung Deutschlands für internationalen Frieden und Sicherheit": "In diesem Zusammenhang steht auch, das eingebettet ist in die Bemühungen der Vereinten Nationen, der internationalen Gemeinschaft und der afghanischen Regierung."

Das deutsche Engagement in Afghanistan wird in dem SPD-Beschluss als "zivil-militärisch" definiert. Es habe das Ziel, die Eigenverantwortung Afghanistans zu stärken: "Dabei sind wir von dem Bewusstsein geleitet, dass Wiederaufbau und Entwicklung ohne Sicherheit nicht möglich sind, es aber gleichzeitig ohne Wiederaufbau keine dauerhafte Sicherheit geben wird. Hauptaufgabe der internationalen militärischen Präsenz ist es daher, die afghanischen Institutionen zu unterstützen, um Rahmenbedingungen für den Wiederaufbau zu schaffen und die afghanische Armee, Polizei und Justiz in die Lage zu versetzen, Sicherheit und Ordnung im Lande zu gewährleisten. In diesem Sinne arbeiten die Bundeswehr und die zivilen Aufbauhelfer."

Als Bilanz wird aufgestellt: Seit 2002 habe Deutschland insgesamt 550 Millionen Euro für den zivilen Aufbau zur Verfügung gestellt. Weitere 400 Millionen Euro seien bis 2010 zugesagt. Damit sei Deutschland nach den USA, der EU, Großbritannien und Japan der fünftgrößte Geber in Afghanistan. Von entscheidender Bedeutung sei der Aufbau einer effektiven afghanischen Polizei. Bereits ca. 19.000 Polizisten hätten mit deutscher Hilfe eine Aus- und Fortbildung absolvieren können. Entgegen ursprünglicher Annahme erweise



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

sich der Aufbau der Polizei nicht als Wiederaufbau, sondern als Neuaufbau. Kritisch wird angemerkt: "Beim Polizeiaufbau hat die internationale Gemeinschaft bislang ihr Ziel deutlich nicht erreicht und auch Deutschlands Engagement ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Aus diesem Grund müssen für die jetzt tätige EU-Polizeimission noch mehr Mittel und Personal als bisher bereitgestellt werden."

Die Bundesregierung wird vom SPD-Parteitag unter anderem aufgefordert:

- Eine internationale Afghanistan-Konferenz zu organisieren, die zur Halbzeit des Afghanistan-Compact das deutsche und internationale Engagement evaluiert und im Lichte der Erfolge und Defizite Vorschläge zur Anpassung der internationalen Unterstützung erarbeitet.
- Mehr Mittel für den zivilen Aufbau zur Verfügung zu stellen und auf eine bessere internationale Koordinierung beim zivilen Aufbau hinzuwirken.
- Den innenpolitischen Versöhnungsprozess in Afghanistan unter Einbeziehung aller Kräfte zu unterstützen, die bereit sind, die afghanische Verfassung zu respektieren und den bewaffneten Kampf einzustellen.
- Sich für die Bekämpfung der afghanischen Drogenökonomie und die verstärkte Schaffung nachhaltiger Einkommensalternativen für Bauern einzusetzen.
- Die Ausbildung der afghanischen Armee zu verstärken. Ziel unserer Bemühungen muss es sein, afghanische Sicherheitskräfte in die Lage zu versetzen, die Sicherheit der Menschen im Land zu gewährleisten.
- Den Polizeiaufbau in Afghanistan effektiver voranzutreiben und gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft die notwendigen Mittel hierfür bereitzustellen. Die SPD appelliert an den Bundesinnenminister und die Landesinnenminister umgehend zu prüfen, ob Deutschland mehr Polizeiausbilder zur Verfügung stellen kann. Ebenso befürworten wir den Aufbau einer weiteren Polizeiakademie.
- Stärker als bisher den Aufbau des afghanischen Rechtssystems zu forcieren und auf eine angemessene Ausbildung und Bezahlung von Richtern und Staatsanwälten hinzuwirken.
- Sich weiterhin mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass bei allen Militäroperationen die Befehlslage, zivile Opfer zu vermeiden konsequent umgesetzt wird. Die Verhältnismäßigkeit der Mittel muss bei allen Militäraktionen verbindliche Richtschnur sein.
- Den beim NATO-Gipfel in Riga eingeleiteten Strategiewechsel fortzusetzen und in diesem Rahmen die zivil-militärische Zusammenarbeit zu verstärken. Ziel sollte eine weitere Absenkung der OEF-Kontingente bei weiterer Stärkung von ISAF sein. Die Bundesregierung wird gebeten, Initiativen zu prüfen, ob die 6.000 OEF-Ausbilder für die afghanische Armee unter das ISAF-Mandat gestellt werden können.
- Gemeinsam mit unseren internationalen Partnern zu prüfen, ob die Mandatierung des OEF-Einsatzes, der auch weiterhin die Zustimmung der afghanischen Regierung haben muss, durch einen eigenen Beschluss des UN-Sicherheitsrates erfolgen kann.

Der SPD-Bundesparteitag fordert

- den Deutschen Bundestag und das Europaparlament auf, Partnerschaften mit dem



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

- afghanischen Parlament einzugehen und dabei auch die Ausbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Parlamentsbetriebs im Auge zu haben,
- deutschen Städte und Gemeinden auf, kommunale und regionale Partnerschaften mit afghanischen Regionen einzugehen.

Antrag des Parteivorstandes: Gesellschaftliche Verankerung der Bundeswehr erhalten – Freiwilligkeit stärken

Bundeswehr und Wehrpflicht – ein viel diskutiertes Thema – auch auf dem Parteitag: Vom Parteivorstand wurde ein Antrag eingebracht, der sich mit der Stellung der Bundeswehr befasst. Den vollständigen Antrag finden Sie hier: <http://parteitag.spd.de/servlet/PB/menu/1728011/index.html>

Im Grundsatzprogramm haben wir folgendes festgehalten: „Die gesellschaftliche Verankerung und die Akzeptanz der Bundeswehr müssen erhalten bleiben. Die Fortentwicklung der Wehrpflicht ist hierfür ein Garant. Deshalb setzen wir uns für eine Stärkung der Freiwilligkeit beim Wehrdienst ein.

Jeder Mensch hat das Recht, den Kriegsdienst aus Gewissensgründen zu verweigern. Dieses Recht gilt es auch international durchzusetzen.“

DAS HAMBURGER PROGRAMM: DIE WICHTIGSTEN ZIELE FÜR SOZIALE DEMOKRATIE IM 21. JAHRHUNDERT.

Politische Antwort auf die Globalisierung

Zum einen will die SPD auf europäischer und internationaler Ebene die Demokratie stärken und mehr Gerechtigkeit durchsetzen. Der wirtschaftlichen Globalisierung muss eine politische Globalisierung folgen. Der globale Kapitalismus braucht soziale und demokratische Spielregeln. Zum anderen sollen im eigenen Land – zum Beispiel durch eine vorsorgende Sozialpolitik – die Weichen so gestellt werden, dass auch unter den Bedingungen der Globalisierung Menschen gleiche Lebenschancen haben. Das unterscheidet die SPD von anderen Parteien. Sie leugnet die Globalisierung nicht, aber sie unterwirft sich ihr auch nicht. Ihre Überzeugung ist: Die Globalisierung ist gestaltbar.

Grundwerte bleiben die feste Basis

Die Grundwerte bleiben für die Sozialdemokratie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Nachhaltigkeit ist das Prinzip ihres Handelns. Andere Parteien spielen die Grundwerte nicht selten gegeneinander aus: Je mehr Freiheit, desto weniger Gerechtigkeit und umgekehrt. Im sozialdemokratischen Verständnis bilden sie eine Einheit. Sie sind gleichwertig und



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

gleichrangig. Vor allem: Sie bedingen, ergänzen, stützen und begrenzen einander. Ihr Verständnis der Grundwerte bewahrt die SPD davor, Freiheit auf die Freiheit des Marktes, Gerechtigkeit auf den Rechtsstaat, Solidarität auf Armenfürsorge zu reduzieren.

Angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, angesichts von Globalisierung und ökologischer Krise, wird Nachhaltigkeit als das einzig vernünftige Grundprinzip politischen und wirtschaftlichen Handelns betrachtet. Das Prinzip Nachhaltigkeit bedeutet: Von der Zukunft her denken; dem Primat der Kurzfristigkeit widerstehen und ebenso der Dominanz des Ökonomischen; von der Idee der Gesellschaft her die Politik konzipieren und demokratische Vielfalt, ökologische Dauerhaftigkeit, soziale Integration und kulturelle Teilhabe als Leitideen sozialdemokratischer Politik verstehen.

Friedliche Weltordnung braucht starke Institutionen

Ziel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist eine friedliche und gerechte Weltordnung. Das soziale Europa soll ihre Antwort auf die Globalisierung werden. Sie setzt auf die Stärke des Rechts, um das Recht des Stärkeren zu überwinden. Die SPD ist eine Friedenskraft. Darum ist es ihr Anliegen, die politischen Institutionen in Europa und der Welt zu stärken und zu demokratisieren. Die Europäische Union muss eine handlungsfähige Friedensmacht sein. Sie muss sich auf ihre Stärken konzentrieren: Diplomatie, Dialog und Unterstützung von Demokratie und Menschenrechten.

Leitbild der SPD ist eine politische Union, die allen europäischen Bürgern demokratische Mitwirkungsrechte gibt. Das demokratische Europa braucht eine parlamentarisch verantwortliche Regierung auf der Basis einer Europäischen Verfassung. Mehr europäische Demokratie wagen, lautet das Motto.

Neben die Wirtschafts- und Währungsunion soll die europäische Sozialunion mit gleichem Rang treten. Die deutschen Sozialdemokraten wollen Sozialsysteme nicht vereinheitlichen, sich aber mit den anderen Mitgliedstaaten auf einen sozialen Stabilitätspakt verständigen. Angestrebt wird darüber hinaus eine starke UNO: Die UNO-Vollversammlung und die Stellung des UN-Generalsekretärs müssen nach Ansicht der SPD gestärkt werden. Sie begrüßt den Welthandel, will aber die internationalen Institutionen so umbauen, dass die Entwicklungsländer faire Chance haben. Dazu gehört ein Globaler Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, für den sich die SPD einsetzt.

Wettbewerb mit sozialen und ökologischen Spielregeln

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands arbeitet für nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Vernunft vereint. Sie entzieht sich dabei nicht dem internationalen Wettbewerb. Aber sie setzt auf soziale und ökologische Spielregeln. Durch qualitatives Wachstum sollen Armut und Ausbeutung überwunden, Wohlstand und gute Arbeit für alle ermöglicht und dem bedrohlichen Klimawandel begegnet werden.



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Die Industriepolitik soll ökologisch ausgerichtet werden. Der Staat kann und soll die Märkte nicht ersetzen. Aber er muss industriepolitische Prioritäten setzen und sich in Partnerschaft mit der Wirtschaft und der Wissenschaft auf strategische Felder konzentrieren. Ziel der SPD ist ein solares Energiezeitalter. Deshalb treibt sie den Wechsel von erschöpflichen zu unerschöpflichen Energien voran. Wo die Finanzmärkte lediglich kurzfristige Renditen anstreben, gefährden sie langfristige Wachstumsstrategien und damit Arbeitsplätze. Die Sozialdemokraten in Deutschland wollen Anleger stärken, die statt schneller Rendite ein langfristiges Engagement im Blick haben.

Die Soziale Marktwirtschaft ist und bleibt erklärtes Ziel der Sozialdemokraten. Die Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen, die Tarifautonomie und das Streikrecht sind grundlegend für die Soziale Marktwirtschaft. In einer zunehmend europäisierten Wirtschaft gilt es, insbesondere Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung auf europäischer Ebene entschlossen auszubauen.

Für gleiche Lebenschancen

Mit einem vorsorgenden Sozialstaat sollen die Menschen gestärkt und gleiche Lebenschancen für alle durchgesetzt werden. Ziel der SPD ist der vorsorgende Sozialstaat, der Armut bekämpft, den Menschen gleiche Chancen auf ein selbst bestimmtes Leben eröffnet, gerechte Teilhabe gewährleistet und die großen Lebensrisiken verlässlich absichert. Vorsorgende Sozialpolitik fördert Existenz sichernde Erwerbsarbeit, hilft bei der Erziehung, setzt auf Gesundheitsprävention. Die SPD steht für Gute Arbeit – also Arbeit, die gerecht entlohnt wird, Anerkennung bietet, nicht krank macht, die erworbene Qualifikationen nutzt und ausbaut, demokratische Teilhabe garantiert und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht. Um Sicherheit und Flexibilität zu verbinden und Sicherheit im Wandel zu gewährleisten, soll eine moderne Arbeitszeitpolitik entwickelt und die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung umgestaltet werden. Die soziale Sicherung soll am Bürgerstatus ausgerichtet werden. Die paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gezahlten Beiträge bleiben die Grundlage der Sicherungssysteme. Sie sollen ergänzt werden durch eine höhere und gesicherte Steuerfinanzierung, die alle nach ihrer Leistungsfähigkeit beteiligt. Über gleiche Lebenschancen entscheiden zuerst und vor allem Bildung und Familie. Deshalb will die SPD bessere Bildung für alle durchsetzen und Familien stärken. Jeder Mensch hat das Recht auf einen gebührenfreien Bildungsweg von Krippe und Kindergarten bis zur Hochschule.

Zusammenhalt stärken

Die deutsche Sozialdemokratie setzt auf die Stärken der solidarischen Bürgergesellschaft. Sie tritt ein für eine Kultur der Anerkennung. Mit der Gestaltungskraft demokratischer Politik soll der Zusammenhalt in Deutschland gestärkt, Zugehörigkeit und Heimat ermöglicht werden. Die SPD will in Deutschland eine Kultur der Anerkennung fördern: Die Menschen sollen in gegenseitigem Respekt vor der Würde, der Kultur und der Leistung



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

ihrer Mitmenschen zusammenleben.

Nicht alle Lebensbereiche dürfen dem Markt und dem globalen Wettbewerb ausgesetzt werden. Der demokratische Rechts- und Sozialstaat, unterstützt und begrenzt durch die Zivilgesellschaft, ist verantwortlich für das, was nicht zur Ware werden darf: Bildung, Kultur, Sicherheit vor Verbrechen, soziale Sicherheit.

Ziel ist es, die Demokratie zu stärken. Die solidarische Bürgergesellschaft hat ihren Ort vor allem in den Kommunen. Darum unterstützt die SPD kommunale Selbstverwaltung, verbessert ihre Qualität und vergrößert ihre Organisationsfreiheiten.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Einwanderung hat das Land wirtschaftlich und kulturell bereichert. Sie wird weitergehen, und die Sozialdemokraten wollen die Gesellschaft darauf vorbereiten. Gebraucht werden mehr qualifizierte Einwanderer. Die SPD ist für den Dialog zwischen den Kulturen. Er dient dem inneren und äußeren Frieden, aber auch der Integration. Wenn friedliche Globalisierung gelingen soll, wird eine Kultur der Anerkennung gebraucht, die der Ausgrenzung von Minderheiten und ebenso der Bildung von Parallelgesellschaften entgegenwirkt.

Politik für die solidarische Mehrheit

Die SPD wirbt für eine solidarische Mehrheit in Deutschland. Viele Menschen wollen eine bessere und gerechtere Gesellschaft. Sie engagieren sich in Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden, Kirchen, sozialen Bewegungen und Netzwerken.

Als Volkspartei bindet die Sozialdemokratie Menschen, die sich aus eigener Interessenlage oder aus politischer Einsicht und optimistischer Haltung zur politischen Gestaltbarkeit der Verhältnisse für deren Werte und Ziele einsetzen. Die Mehrheit will ein solidarisches Deutschland.

Diese solidarische Mehrheit will die SPD für ihre Politik gewinnen. Mit ihrem neuen Programm formuliert die SPD den politischen Führungsanspruch in Deutschland.

Aus dem Bundestag

SONDERVERMÖGEN „KINDERBETREUUNGSAUSBAU“

Am 25. Oktober hat der Bundestag in 2./3. Lesung den Entwurf der Fraktionen von Union und SPD eines Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“ beschlossen. Gleichzeitig wurde in 1. Lesung der Regierungsentwurf eines Nachtragshaushaltsgesetzes 2007 beraten.

Das Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“ soll ein be-



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

darfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen für ein- bis dreijährige Kinder gewährleisten. Bundesweit soll eine durchschnittliche Versorgungsquote von 35 Prozent erreicht werden. Mit dem Nachtrag zum Bundeshaushaltsplan 2007, werden die haushaltsmäßigen Voraussetzungen hierfür geschaffen. Der Ausbau der Kinderbetreuung kann damit schnellstmöglich beginnen. Aufbauend auf dem Ausbaustand für 2010 nach dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) müssen noch zusätzlich 300.000 Plätze bis 2013 geschaffen werden, die erhebliche finanzielle Investitionen erfordern. Die Koalition sowie die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Kinderbetreuungsausbau“ haben sich darauf verständigt, den Ausbau der Kinderbetreuung durch den Bund mit insgesamt vier Milliarden Euro bis 2013 zu fördern. Diese Investition wird vom Bund unterstützt zunächst durch die Einrichtung eines Sondervermögens sowie die sofortige Bereitstellung von 2,15 Milliarden Euro durch den Bund noch im Jahr 2007. Dies schafft bei Kommunen und Bürgerinnen und Bürgern Vertrauen, dass mit dem unverzüglichen Ausbau der Kinderbetreuungsplätze begonnen werden kann. Zugleich wird die Voraussetzung sichergestellt, den von der SPD erreichten Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem Kindergartenjahr 2013/2014 auch tatsächlich

FÖRDERUNG VON JUGENDFREIWILLIGENDIENSTEN

Im Bundestag wurde in der letzten Woche der Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten in 1. Lesung beraten.

Mit dem Gesetzentwurf sollen das Gesetz zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres und das Gesetz zur Förderung eines freiwilligen ökologischen Jahres abgelöst werden. Die Jugendfreiwilligendienste als besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements und als Bildungsmaßnahme sollen weiter entwickelt und ihre Qualität verbessert werden. Viele ehemalige Freiwillige engagieren sich weiterhin und sind somit wichtige Multiplikatoren für die Stärkung der Zivilgesellschaft. Neben beruflicher Orientierung erwerben die Freiwilligen soziale Kompetenzen, die ihre Chancen auch auf dem Arbeitsmarkt verbessern können. Die Bereiche Sport und Denkmalpflege werden neu im Gesetzestext erwähnt.

Um den Interessentenkreis für einen Jugendfreiwilligendienst zu erweitern und die Vereinbarkeit mit verschiedenen Lebenssituationen junger Menschen zu verbessern, sollen die Jugendfreiwilligendienste zeitlich flexibilisiert werden. Geplant sind eine Verlängerung des Dienstes von derzeit max. 18 auf max. 24 Monate mit einer Mindestdienstdauer von sechs Monaten. Inlands- und Auslandsdienste sollen miteinander kombiniert und mehrere Dienste nacheinander absolviert werden können.

Zudem enthält der Entwurf eine Regelung, die eine Umsatzsteuerpflicht vermeiden soll. Beim freiwilligen sozialen und beim freiwilligen ökologischen Dienst handelt es sich um gesetzlich geförderte Jugendfreiwilligendienste, andere Freiwilligenprogramme bleiben davon unberührt.



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Übrigens:

Gemeinsam mit meinem Kollegen, dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Fritz-Rudolf Körper, MdB veranstalte ich am Donnerstag, den 8. November 2007 eine Fraktion vor Ort Veranstaltung zum Thema „Freiwilliges Soziales Jahr im Sport“.

Schauen Sie bitte am Ende des Newsletters unter Termine für weitere Informationen.

KULTURWIRTSCHAFT UND POPULÄRE MUSIK STÄRKEN

Der Deutsche Bundestag hat am 24. Oktober mehrheitlich die Anträge der Fraktionen der SPD und der CDU/CSU zur Stärkung der Kulturwirtschaft als Motor für Wirtschaft und Wachstum und zur Stärkung populärer Musik als Bestandteil des kulturellen Lebens beschlossen.

Die Vielfalt des kulturellen Lebens in Deutschland wird vom Staat, von der Zivilgesellschaft und von der Wirtschaft gemeinsam getragen. Die Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft für die kulturelle Infrastruktur, für das Wachstum und für die Beschäftigung ist erst in den letzten Jahren verstärkt erkannt worden. Angesichts der Fülle und Komplexität der damit zusammenhängenden Fragen, Erwartungen und unterschiedlichen Zielsetzungen ist es nicht verwunderlich, dass es bislang noch keine kohärente politische Strategie zur Unterstützung der Kultur- und Kreativwirtschaft gibt. Für eine gezielte Förderung ist es indessen notwendig, eine Abstimmung und Einigung darüber herbeizuführen, wie Kultur- und Kreativwirtschaft definiert wird, um sie als eigenständigen Wirtschaftszweig zu integrieren und anzuerkennen.

Auch die hochwertige zeitgenössische populäre Musik gehört zum zentralen Bereich der Kulturwirtschaft. Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, die Förderstrukturen zu systematisieren, private Mittel ergänzend zur staatlichen Förderung einzuwerben und sich bei den Rundfunkanstalten für angemessene Plattformen einzusetzen. Ein Spielstättenpreis soll ausgelobt und musikpädagogische Modellprojekte sollen in die Förderung einbezogen werden.

Dies und das

LANDESGRUPPENVORSTAND BESTÄTIGT

Einstimmig wurde der Landesgruppenvorstand der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten wiedergewählt. Swen Schulz als Sprecher sowie Mechthild Rawert und ich als Stellvertreterinnen wurden im Amt bestätigt.



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

NEUES SPD PORTAL ONLINE

Die SPD geht neue Wege für eine schlagkräftige Vernetzung ihrer Mitglieder und an sozialer Demokratie Interessierten: Zum Bundesparteitag wurde als Nachfolger des SPD-Mitgliedernetzes SPD-Online die neue Online-Community „meineSPD.net“ - eine „virtuelle Gemeinschaft“ gestartet. Das Internetportal schafft neue Möglichkeiten, Netzwerke zu knüpfen, Freunde zu treffen, zu diskutieren oder Informationen des Parteivorstandes abzurufen: Damit ist „meineSPD.net“ der zentrale kommunikative Treffpunkt für allem Menschen mit Interesse an sozialdemokratischer Politik.



Was bietet „meineSPD.net“ im Einzelnen? Auf dem neuen Internetportal haben alle Nutzerinnen und Nutzer die Möglichkeit, Leute kennen zu lernen, sich mit Freunden und Bekannten zu vernetzen, Fotos hoch zu laden, sich in Foren auszutauschen oder auch die Arbeit eines Ortsvereins zu organisieren. Gleichzeitig ist „meineSPD.net“ der neue Servicekanal des Parteivorstandes für alle Mitglieder - mit Arbeitsgrundlagen und Hilfen zur Parteiarbeit. Alle bekannten Funktionen des bisherigen Mitgliedernetzes SPD-Online stehen ab sofort auf „meineSPD.net“ zur Verfügung.

Und das erwartet alle Mitglieder von „meineSPD.net“ noch bis Ende 2007: regionale und themenspezifische Gruppen, Internet-Tagebücher – so genannte Blogs - von Parteimitgliedern zu verschiedenen Themen, eine „Werkstatt“, in der eigene Thesen zu aktuellen Themen formuliert und bewertet werden.

Also anmelden und dabei sein:
<http://www.meineSPD.net>



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Termine

FREIWILLIGES SOZIALES JAHR IM SPORT

Am Donnerstag, den 8. November 2007, um 19.30 Uhr (Einlass 19.00 Uhr) im Haus des Sports, Arcorstraße 11-19, 10587 Berlin, führe ich gemeinsam mit meinem Kollegen **Fritz-Rudolf Körper** eine Fraktion vor Ort Veranstaltung durch.

Gemeinsam mit Vertretern des Bezirks Charlottenburg Wilmersdorf

Reinhard Naumann, Bezirksstadtrat in Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf für Jugend, Familie, Schule und Sport

und

Joachim Kuntze, Bezirksverordneter der SPD-Fraktion und Vorsitzender des Sportausschusses

wollen wir über die Möglichkeiten des Freiwilligen Sozialen Jahres für Sportvereine und Gesellschaft reden.

Dazu begrüßen wir als Gäste:

Dr. Martin Schenkel, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Leiter des Referats Bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligenprogramme, Freiwilligengesetz und

Claudia Zinke, Vorsitzende der Landessportjugend Berlin.

Das reichhaltige Angebot, das Sportvereine Kindern und Jugendlichen bieten, lässt sich nur mit Hilfe von Ehrenamtlichen verwirklichen. Über 1.000 junge Menschen absolvieren derzeit ein Freiwilliges Soziales Jahr im Sport. Sowohl Bundesregierung als auch SPD-Bundestagsfraktion unterstützen seit Jahren dieses Projekt ideell und finanziell. Die Bedeutung des Sports für unsere Gesellschaft wird auch an der derzeitigen Initiative der SPD-Bundestagsfraktion, Sport im Grundgesetz zu verankern, deutlich. Das Erfolgprojekt FSJ im Sportbund der Deutschen Sportjugend zieht jährlich immer mehr Jugendliche in die ehrenamtlichen Strukturen. Davon profitieren nicht nur die Freiwilligen, die neue Kompetenzen erlernen, sondern auch die Einsatzstellen.



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

GOTT-AIDS-AFRIKA

Stefan Hippler liest aus

„Gott, Aids, Afrika – Eine Streitschrift“
von Bartholomäus Grill/Stefan Hippler
mit einem Vorwort von Henning Mankell

am Dienstag, den 13. November 2007, um 19.00 Uhr
im Deutschen Bundestag,
Foyer des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses.

Stefan Hippler ist als katholischer Pfarrer in Südafrika, in Kapstadt. Zusammen mit Bartholomäus Grill, langjährigem Afrika-Korrespondent der »Zeit« und der Autor von »Ach, Afrika« hat Stefan Hippler eine Streitschrift verfasst, in der er sich mit der verhängnisvollen Morallehre der katholischen Kirche angesichts des afrikanischen Massensterbens auseinandersetzt. Im Anschluss an die Lesung gibt es Gelegenheit zum weiteren Gedankenaustausch.

Bitte melden Sie sich bis zum 5.11.2007 per E-Mail: petra.merkel@bundestag.de oder telefonisch unter 227 77 262 mit Namen, Vorname und Angabe Ihres Geburtsdatums verbindlich an.

Im Frühjahr dieses Jahres hatte ich Gelegenheit während einer Delegationsreise des Deutschen Bundestages nach Südafrika das Projekt HOPE des deutschen, katholischen Pfarrers Stefan Hippler in Kapstadt zu besuchen: HOPE - eine Hoffnung für aidskranke Kinder, deren Eltern und Verwandte und eine dringend notwendige Initiative, getragen von ehrenamtlichen und professionellen Helfer/innen. Stefan Hippler ist beeindruckend und begeistert mit seinem Engagement. Er und die Kinder von HOPE haben bei mir einen bleibenden Eindruck hinterlassen. So war es für mich nur selbstverständlich, um Spenden für HOPE anlässlich meines Geburtstages zu bitten. Zur symbolischen Übergabe der Spenden lade ich nun zu dieser besonderen Veranstaltung ein.

SPRECHSTUNDE

Die nächste Bürgersprechstunde findet im Wahlkreisbüro in der Goethestraße 80 statt, am: Freitag, den 16. November 2007 von 15.00 – 17.00 Uhr.

Um telefonische Anmeldung unter 313 88 82 wird gebeten!